

# DATENSCHUTZERKLÄRUNG NACH ARTIKEL 13 UND 14 DSGVO

Im Einzelnen gilt - unter Berücksichtigung der neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) - Folgendes:

## **1. Name und Kontaktdaten des für die Datenverarbeitung Verantwortlichen und des betrieblichen Datenschutzbeauftragten**

Verantwortlich für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer persönlichen Daten i.S. der Datenschutz-Grundverordnung der EU (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-2018) ist die Kanzlei.

**BPP Becker Patzelt Pollmann und Partner mbB Wirtschaftsprüfer | Steuerberater | Rechtsanwälte** (im Folgenden: BPP), Marktstraße 7, 33602 Bielefeld, Deutschland, Email: [info@b-p-p.de](mailto:info@b-p-p.de), Telefon: +49 521 96685-0, Fax: +49 521 9668555.

Der betriebliche **Datenschutzbeauftragte** von BPP ist Herr Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht Guido Annas. Er ist unter den vorgenannten Kontaktdaten und per E-Mail direkt unter [guido.annas@b-p-p.de](mailto:guido.annas@b-p-p.de) erreichbar.

## **2. Allgemeine Hinweise**

Wir verwenden Ihre Daten unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Nachfolgend werden Sie darüber informiert, welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen erheben und speichern. Außerdem erhalten Sie Informationen darüber, wie und wozu Ihre Daten verwendet werden und welche Rechte Ihnen im Hinblick auf die Verwendung Ihrer Daten zustehen.

## **3. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck ihrer Verwendung**

Wenn Sie uns mandatieren bzw. mandatiert haben, erheben wir folgende Daten:

- Ihren Vornamen und Nachnamen nebst Anrede (Herr/Frau)
- Ihre Anschrift
- Ihre Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Ihre persönliche E-Mail-Adresse
- alle Informationen, die für Ihre Beratung und die Durchsetzung und/oder Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind. Hierzu zählen insbesondere für die Geltendmachung von steuerlichen Ansprüchen je nach Einzelfall die Erhebung von sog. personenbezogener Daten besonderer Kategorien, wie bspw. Mitgliedschaft in einer Partei, Religion, Gewerkschaftszugehörigkeit und Gesundheitsdaten.

Die Erhebung dieser Daten erfolgt zu folgenden Zwecken:

- um Sie als unseren Mandanten/unsere Mandantin identifizieren zu können
- um mit Ihnen korrespondieren und/oder sonst in Kontakt treten zu können
- um Sie verantwortungsvoll und erfolgreich anwaltlich und/oder im Bereich der Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung und Unternehmensberatung beraten und vertreten zu können
- um bei Ihrer Rechtsschutzversicherung (soweit vorhanden) bei einem anwaltlichen Mandat eine Deckungszusage einholen zu können
- um ggf. einen PKH- oder VKH-Antrag für Sie stellen zu können
- zur Rechnungsstellung
- um eventuelle Haftungsansprüche Ihrerseits gegen uns abwickeln zu können
- um etwaige (Zahlungs-)Ansprüche unsererseits gegen Sie verfolgen und durchsetzen zu können
- zur Durchführung einer wirksamen Kollisionskontrolle.

Die Datenverarbeitung basiert auf folgenden (Rechts-) Grundlagen:

Die Datenverarbeitung erfolgt aufgrund unserer Beauftragung durch Sie bzw. aufgrund Ihrer Anfrage. Sie ist zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beiderseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO).

Als Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Rechtsanwälte unterliegt BPP auch gesetzlichen Vorgaben, aus denen sich eine Verpflichtung zur Verarbeitung personenbezogener Daten ergeben kann (Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. c DSGVO ; z.B. Wirtschaftsprüferordnung, Geldwäschegesetz).

BPP verarbeitet im Rahmen des allgemeinen Geschäftsbetriebs und zum Zwecke der Leistungserbringung für unsere Mandanten personenbezogene Daten auch auf Basis einer Interessensabwägung, sofern die schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen nicht überwiegen (Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 Buchst. f DSGVO).

Sofern keine der o. g. (Rechts-) Grundlagen vorliegen, stützt BPP die Verarbeitung personenbezogener Daten auf eine informierte Einwilligung des Betroffenen, die ausdrücklich von diesem eingeholt wird (Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. a) i. V. m. Art. 7 DSGVO).

Aufbewahrung von Daten:

Ihre Daten werden sowohl digital (in unserem Dokumentenmanagementsystem - DMS) als auch in Papierform gespeichert bzw. vergehalten.

Die von uns im Rahmen der Mandatierung erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht gespeichert bzw. aufbewahrt (in der Regel 6 bis 10 Jahre) und danach gelöscht bzw. vernichtet, es sei denn Sie - etwa im Hinblick auf eine spätere Fortsetzung unserer Mandatsbeziehung – willigen in eine längerfristige Speicherung/Aufbewahrung Ihrer Daten ein bzw. Sie fordern uns zu einer solchen auf.

Nach Beendigung der Aufbewahrungsfrist lassen wir Ihre in Papierform vorhandene (Hand-) Akte unter Wahrung jeglicher Vertraulichkeit durch zertifizierte Unternehmen in verschlossenen Behältern abholen und anschließend vernichten.

#### **4. Weitergabe von Daten an Dritte**

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken erfolgt grundsätzlich nicht.

Die Datenweitergabe erfolgt nur, wenn und soweit dies für die ordnungsgemäße Abwicklung des Mandatsverhältnisses mit Ihnen erforderlich ist (Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO). Das betrifft insbesondere die Weitergabe von Daten und Informationen an

- Behörden, insbesondere Finanzbehörden und Stadtverwaltungen, und Gerichte
- Sozialversicherungsträger
- Bundesanzeiger Verlag GmbH
- andere öffentliche Stellen (z. B. Transparenzregister, Bundesbank)
- (Verfahrens-) Gegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte)
- Banken, Kreditinstitute, Versicherungen und Berufsgenossenschaften
- Auftragsverarbeiter (i. S. v. Art. 28 DSGVO, z. B. Rechenzentren, IT-Dienstleister, Druckdienstleister, Entsorgungsfirmen etc.), deren Dienstleistungen wir nur nutzen, soweit diese als mitwirkende Person auf die Wahrung unserer Berufsgeheimnisse gem. § 203 Abs. 3 Strafgesetzbuch verpflichtet sind
- je nach Auftrag an weitere Empfänger, die wir mit Ihnen abstimmen.

Die weitergegebenen Daten dürfen von dem jeweiligen Empfänger ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Die gesetzlichen und berufsrechtlichen Verschwiegenheitsverpflichtungen bleiben unberührt. Selbstverständlich erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Ihrem wohlverstandenen Interesse und in Absprache mit Ihnen. Näheres ergibt sich aus der von Ihnen unterzeichneten Vollmacht und ggf. aus einem gesondert geschlossenen Mandatsvertrag.

Diejenigen Mitarbeiter unserer Kanzlei, die mit Ihren Daten in Kontakt gelangen, unterliegen wie wir selbst einer strengen Verschwiegenheitsverpflichtung, deren Einhaltung wir ständig überwachen. Auch sonstige Personen, mit denen wir zusammenarbeiten und die in Kontakt mit Ihren Daten gelangen oder gelangen könnten, wurden oder werden von uns schriftlich zur Verschwiegenheit verpflichtet und machen sich - worauf sie ebenfalls ausdrücklich hingewiesen wurden oder werden - im Fall eines Verstoßes selbst strafbar.

#### **5. Datenübermittlung in Drittstaaten**

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR) findet nur statt, soweit dies zur Ausführung des Mandatsvertrages (z. B. Zahlungsaufträge, Datev eG) erforderlich oder Sie uns Ihre Einwilligung erteilt haben oder dies anderweitig gesetzlich zulässig ist. In diesem Fall ergreifen wir Maßnahmen, um den Schutz Ihrer Daten sicherzustellen, beispielsweise durch vertragliche Regelungen. Wir übermitteln ausschließlich an Empfänger, die den Schutz Ihrer Daten nach den Vorschriften der DSGVO für die Übermittlung an Drittländer (Art. 44 bis 49 DSGVO) sicherstellen.

## **6. Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht,

- gem. Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung uns gegenüber jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer vorherigen Einwilligung erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf hat nur zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen.
- gem. Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft verlangen über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden oder wurden, die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt werden oder wurden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung oder eines Widerspruchsrechts, das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde und die Herkunft Ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden.
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten oder die Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, sofern diese unvollständig sind.
- gem. Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen. Dies gilt nicht, soweit die Verarbeitung Ihrer Daten erforderlich ist zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- gem. Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Dies gilt, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber die Löschung der Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Datennutzung verlangen, wir die Daten nicht länger benötigen, Sie jedoch die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, Sie gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben.
- gem. Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen.
- gem. Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierbei an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

## **7. Widerspruchsrecht**

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gem. Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Falls Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen wollen, richten Sie bitte eine entsprechende E-Mail an [info@b-p-p.de](mailto:info@b-p-p.de) oder wenden sich in schriftlicher Form an uns.